Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 90 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 232 | Dresden, Dienstag den 7. Oktober 1919 | 30. Jahrg.

Der erste Volkskammertag

Nach vierteljähriger Pause trat gestern die Sächsische Volkskammer wieder zusammen, um ihre Arbeiten wieder aufzunehmen. Sie war auch ohne jeden Verzug mitten in der Arbeit. Während der verflossene Landtag bei seinem Zusammentritt, um veralteten Vorschriften zu genügen, immer erst einige Tage mit Präliminarsitzungen vertrödeln mußte, begann die Volkskammer sofort mit der Vorberatung der Vorlage über die Teuerungs- und Beschaffungszulagen für Beamte, Pensionäre usw. Die vierstündige Verhandlung wurde zu einem großen Tage. Dazu gaben die Tribünen das äußere Gepräge, die bis zum letzten Platze dicht mit Beamten und Staatsarbeitern besetzt waren, die gelegentlich sogar durch Zurufe wie Beifallsbezeigungen in die Debatte einzugreifen suchten, was natürlich vom Präsidenten zurückgewiesen werden mußte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Ministerpräsident eine längere Erklärung über die Neubildung der Regierung ab, wobei er die Sachlage treffend kennzeichnete und dabei auch das Verhältnis zu den Unabhängigen darlegte, das durch unverständliches Verhalten erwachsen ist. Diese gaben ihrem Mißbehagen mehrfach durch Zwischenrufe Ausdruck; sonst fand die Regierungerklärung den Beifall des Hauses, denn der andauernde Groll der Deutschnationalen, der ehemaligen Konservativen, über die Neugestaltung der Dinge kam nicht besonders zum Ausdruck. Doch soll die Regierungserklärung demnächst noch Gegenstand einer allgemeinen Aussprache in der Kammer sein.

Die Vorberatung über die schon erwähnte Regierungsvorlage gab Anlaß zu mehreren längeren Reden, die sich nicht nur auf die Beschaffungs- und Teuerungszulagen selbst erstreckten, sondern auch die verzweifelte Finanzlage und auch die Ursachen der Teuerung in den Redebereich zogen. Der äußere Anstrich von Großzügigkeit, den dadurch die Verhandlung erhielt, kam freilich dadurch etwas in die Brüche, weil nicht viel neues gesagt und nicht besonders tief geschürft wurde. Der unabhängige Redner besonders brachte platte Selbstverständlichkeiten mit einem Aufwand von Geste und Stimme zum Ausdruck, als wenn er neue tiefgründige Weisheiten zu verkünden hätte. Natürlich rannte er auch wieder blindlings mit falschen Beschuldigungen gegen die Regierung an, worauf ihm vom Regierungstische die verdiente Abweisung zuteil wurde. Bemerkenswert war die Einmütigkeit, mit der sich die Redner gestern gegen die Reichsregierung wandten, deren verfehltes Verhalten bei der Verfügung der Beschaffungszulagen, wodurch Staat und Gemeinden in eine schlimme Zwangslage kommen, zu manchem ebenso scharfen wie berechtigten Wort der Abwehr Veranlassung gab. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß diese Politik mit rapider Schnelligkeit zum völligen finanziellen Ruin führen müsse, dabei aber den Beamten kaum dauernden Nutzen schaffe, denn solche Art Zulagen hätten nur eine weitere Preissteigerung und Geldentwertung zur Folge.

Der an sich zutreffende Hinweis eines konservativen Redners, daß wir nur durchkommen können, wenn wir den Mut zu noch größeren Entbehrungen haben, wurde nicht übel durch den Zuruf illustriert, daß damit die Absicht nicht in Einklang zu bringen sei, auch Beamten mit den höchsten Gehältern die Beschaffungsbeihilfen zu gewähren. Indes darf dabei doch nicht übersehen werden, daß der Mut zu Entbehrungen im Volke eine Voraussetzung für die Ueberwindung des jetzigen Jammers ist. Dabei wird freilich nicht zu leugnen sein, daß es sich eine Anzahl reicher Leute recht wohl gehen läßt, wenn sich das Volk hungernd zu besseren Zeiten durcharbeitet. Es wird Sache einer ebenso gerechten wie den Umständen nach angemessenen scharfen Steuerpolitik sein, der Genußsucht der Wohlhabenden Grenzen zu ziehen, wir aber wollen uns bis dahin hüten, uns durch die Schwelgerei der Kriegsgewinnler usw. von der Erkenntnis abhalten zu lassen, daß der Zusammenbruch das Ende der neuen Errungenschaften sein müßte, wenn sich das Volk nicht dazu aufrafft, alles für eine bessere Zukunft einzusetzen, daß aber in dem Elend des Zusammenbruchs die breiten Volksschichten am meisten leiden und aus diesen Trümmern die volksfeindliche Reaktion grinsend ihr Haupt mit der Absicht erheben würde, das Volk zu neuer Sklaverei zu führen.

Dieser Erkenntnis in weitesten Volksschichten Geltung zu verschaffen, ist eine der dringendsten Aufgaben. Von diesem Gesichtspunkt beleuchtet, ergibt sich allerdings auch, daß die Politik der Beschaffungsbeihilfen eine Dr.-Eisenbart-Kur ist.

Die dänischen Sozialisten für Demokratie

Der sozialdemokratische Parteitag in Kopenhagen fand am Sonnabend seinen Abschluß. Die Debatte über die Sozialisierungsvorschläge der Parteileitung endete mit ihrer Annahme mit allen gegen 7 Stimmen. Bezüglich der Beteiligung der Partei an der Regierungsbildung wurde beschlossen, auch weiterhin die gleiche Haltung wie bisher einzunehmen. Die Entscheidung in Einzelfällen ist einem besonderen Parteikongreß vorzubehalten. Mit überwältigender Mehrheit beschloß man unter Ablehnung der bolschewistischen Methoden bei der zweiten Internationale zu verbleiben. In einem Aufruf an das dänische Volk, der mit allen gegen 2 Stimmen angenommen wurde, heißt es u. a.:

„Wir lehnen in Uebereinstimmung mit den Gründern des modernen Sozialismus alle ganz- oder halbanarchistischen Tendenzen ab. Im Syndikalismus sehen wir einen Rückfall in veraltete Methoden. Unsre Partei stellt sich wie immer auf den Boden der Demokratie. Die Katastrophe des Weltkrieges zu hindern hatte die Sozialdemokratie nicht die nötige Macht, wie sie auch dem Frieden nicht in hinreichendem Maße das Gepräge verleihen konnte. Aber die Katastrophe hat Millionen Menschen die Augen geöffnet für die Unhaltbarkeit der bisherigen Zustände und neue Möglichkeiten geschaffen, für die aufklärende Arbeit des Sozialismus. Jetzt kommt es auf die Ausnutzung dieser Möglichkeiten im vollen Umfange an.

Die Sozialdemokratie in allen Ländern muß die Macht zu erobern suchen, und die Arbeiter in allen Ländern müssen sich zu einer immer stärkeren internationalen Zusammenarbeit vereinigen. Unser Ziel ist jetzt wie immer die politische und soziale Republik. Eine der Hauptaufgaben ist die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Produktion. Entsprechend unserm Kongreßbeschluß von 1906 erstreben wir die Regierungsmacht nicht früher, als wir uns auf eine Mehrheit im Volke stützen können."

Otto Wels erklärte als Mitglied des deutschen Parteivorstandes in seinem Abschiedswort an den Kongreß: Die herrlichen Tage auf eurem einigen und zielbewußten Kongreß haben in meiner Brust die Sehnsucht erweckt nach den goldenen Zeiten, als auch die deutsche Sozialdemokratie mit der gleichen begeisterten Einigkeit von Sieg zu Sieg schritt. Wels widerlegte dann auch die in der neutralen Presse mehrfach zum Ausdruck gelangte Auffassung, daß Deutschland vor dem Bankrott stehe und nicht arbeite.

Unter tosendem Beifall und Hochrufen auf die dänische Sozialdemokratie schloß Wels seine Rede mit dem Wunsch, die Mauern des Hasses und die Fesseln der Lüge zu sprengen.

Deutsche Männer und Frauen!

Bewahrt euch die deutsche Heimat. Ihr, die ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Oberschlesien und aus Schleswig-Holstein stammt, bewahrt eurer Heimat auch die Treue, wenn ihr jetzt in fremdem Lande, in fremder Stadt weilt. In eurer Hand liegt das Schicksal der Gebietsteile, in denen nach Inkrafttreten des Friedensvertrags Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen. Ihr sollt mit darüber entscheiden, ob eure Heimat fernerhin noch zum Deutschen Reiche gehören soll. Keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen. Jeder tue seine Pflicht. Jeder Abstimmungsberechtigte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober aus Anlaß der Volkszählung in jede Familie kommen. Es gilt, die Abstimmung vorzubereiten. Von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab. Jeder hole die Seinigen heran. Jede Stimme zählt, jede entscheidet.

Der Kampf um die Kriegsgefangenen

Die Kriegsgefangenen kehren jetzt in die Heimat zurück, sie werden freudig begrüßt und festlich empfangen, die Heimat hat volles Verständnis für ihre ausgestandenen Leiden und ist gewillt, alles zu tun, um ihnen die erlittene Unbill so rasch wie möglich vergessen zu machen. Die verschiedenen politischen Parteien versuchen nun, die Heimgekehrten ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das ist ihr gutes Recht, das wir ihnen gewiß nicht verkürzen wollen. Es kommt nur darauf an, welche Mittel bei dieser Propaganda angewendet werden. Die reaktionären Parteien glauben die Kriegsgefangenen zum Sturmbock gegen die Regierung verwenden zu können. Sie bauen darauf, daß die Heimgekehrten über die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht genügend informiert sind und diese Unkenntnis glauben sie für ihre Zwecke ausnützen zu können. Man hetzt nach Strich und Faden gegen die Regierung, wiewohl man weiß, daß die jetzige Regierung mehr für die Kriegsgefangenen geleistet hat, als jemals früher geleistet worden ist. Wir glauben nicht, daß diese Hetze den von den Reaktionären erhofften Erfolg haben wird. Aber es ist notwendig, auf die Methode einmal hinzuweisen, die dabei angewendet wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß die jetzige Regierung die Gefangenen darüber aufklärt, was für sie geleistet wurde und wie die politischen Verhältnisse in Deutschland sich entwickelt haben. Von der Regierung verlangen, daß sie diese Aufklärung im Sinne der Reaktionäre, der Feinde der Verfassung und der Republik, halten soll, ist etwas zu viel verlangt. Die Regierung treibt keineswegs eine sozialistische Propaganda, diese Propaganda muß der Partei überlassen bleiben; aber sie hat die Pflicht, die Kriegsgefangenen darüber aufzuklären, wem sie diese ausgestandenen Leiden in der Hauptsache zu verdanken haben. Wenn Wut und Ingrimm die Heimgekehrten ergreift, so darf sich diese Wut nicht gegen die Regierung richten, die sich ihrer in der wärmsten Weise angenommen hat, sie muß vielmehr gerichtet sein gegen jene Kreise, die das ganze Unglück verschuldet haben, unter dem das deutsche Volk so maßlos zu leiden hat. Wenn es nach den Absichten der Reaktionäre gegangen wäre, dann hätten die Gefangenen noch lange warten können, bis für sie die Stunde der Freiheit geschlagen hätte. Gerade diese Parteien sind es gewesen, die verlangt haben, die Regierung solle den Frieden, der durch die Schuld der Kriegshetzer zu einem Schmachfrieden geworden ist, nicht unterzeichen. Wäre die Regierung diesem Wunsche gefolgt, dann würden unsre Gegner den Krieg fortgesetzt haben und das traurige Schicksal der Gefangenschaft hätte dann weiteren Zehntausenden von Söhnen unsers Volkes blühen können. Diesen Weg ist die Regierung nicht gegangen, und dem ist es zu verdanken, daß die Gefangenen jetzt in die Heimat zurückkehren können.

Verschiedene Organisationen haben sich gebildet, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, den Gefangenen beizustehen. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und andre mehr. Welcher Organisation die Kriegsgefangenen in ihrer Mehrzahl sich anschließen werden, bleibt abzuwarten; aber der Behauptung muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, daß die Befreiung der Gefangenen verzögert worden wäre, wenn Organisationen, z. B. der Volksbund, ihre Tätigkeit nicht entfaltet hätten. Keine dieser Organisationen konnte es erreichen, daß die Gefangenen auch nur einen Tag früher der Heimat wiedergegeben wurden. Die Erfolge, die erreicht wurden, müssen zurückgeführt werden auf die rastlose Tätigkeit der Stellen, die mit der Wahrnehmung der Interessen der Gefangenen betraut worden sind. Der Volksbund prahlt fortgesetzt mit seinen vielen Millionen Mitgliedern, die in der Mehrzahl natürlich auf dem Papier stehen. Zu den Millionenzahlen kommt er nur dadurch, daß er die Angehörigen der Kriegsgefangenen, in weitestem Sinne genommen, als Interessenten ansieht und sie der Zahl seiner Mitglieder hinzurechnet. Wenn die angegebene Mitgliederzahl richtig wäre, dann müßte der Volksbund eine Jahreseinnahme von 24 Millionen Mark haben, und es wäre die Frage am Platze, was mit diesen ungeheuren Mitteln denn nun eigentlich geschieht. Die Frankfurter Volksstimme veröffentlichte am 15. September einen Artikel, in dem sie auf die Uebertreibungen des Volksbundes hinweist, insbesondere darauf, daß in der Berliner Zentrale ein Beamtenapparat von nahezu 70 Köpfen sitzt und daß eine in Deutschland völlig überflüssige Propaganda getrieben wurde, die Unsummen verschlungen hat. Die Frankfurter Volksstimme führt dann in dem Artikel einen Fall an, wonach ein Hilfesuchender vom Volksbund statt abgewiesen wurde mit dem Hinweis darauf, daß dafür keine Mittel zur Verfügung stehen. Es muß aber demgegenüber durchaus anerkannt werden, daß die lokalen Organisationen des Volksbundes am Empfang der Kriegsgefangenen sehr fleißig mitgearbeitet haben. Diesen freiwilligen Helfern gebührt der uneingeschränkte Dank, der aber natürlich auch ausgedehnt werden muß auf die Angehörigen andrer Organisationen, die sich in der gleichen Weise betätigt haben.

In den letzten Monaten sind nun zahlreiche Briefe von Gefangenen eingegangen, in denen mitgeteilt wird, daß in den englischen und amerikanischen Lagern den Gefangenen verkündet wurde, Deutschland wolle sie gar nicht

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191007/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG